

Berliner Tageblatt

Nr. 338

und Handels-Zeitung

Verleger: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die deutsche Antwort auf die französische Note.

„Sämtliche Leistungen ein einheitliches Ganze.“ — 1 Mark = 2/5 Pfennig. — Segen die Politik der Drohung.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Berlin, 1. August. (W. T. Z.) Die Antwortnote der deutschen Regierung auf die französische Note vom 26. Juli 1922 hat folgenden Wortlaut: Berlin, 31. Juli.

Herr Ministerpräsident! Ich beehre mich, den Empfang der Note Eurer Exzellenz vom 26. Juli 1922 zu bekräftigen. Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 ist von Deutschland nicht mit einzelnen Mächten, sondern mit der Gesamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeschlossen worden. Demgemäß ist die Note der deutschen Regierung vom 14. Juli 1922, wie der französischen Regierung bekannt ist, gleichgültig an die anderen beteiligten Regierungen gelangt. Die deutsche Regierung kann sich über ihre weitere Stellungnahme aus diesem Grund erst schlüssig machen, wenn sich alle beteiligten Regierungen geäußert haben. Eine andere Haltung ist ihr auch angeheißt, der in letzter Linie über Form angedrohten, nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreichs nicht zugänglich. In dem Maße, in dem die deutsche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache selbst vorbehält, bemerkt sie schon jetzt: Die Zahlungen, die Deutschland im Ausgleichsverfahren und aus Artikel 237e leisten muß, können letzten Endes nur aus derselben Quelle gedeckt werden wie die Reparationszahlungen. Gleichviel, ob es sich um Schulden des Reiches oder um Privat- und öffentlichen Schulden handelt, in beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit der Übernahme von Teilen der gesamten deutschen Volkswirtschaft die gleiche, und für die Wirkungen dieser Operationen auf den Markt ist es ohne Bedeutung, an welcher Stelle und auf Grund welcher Paragrafen die Zahlung erfolgt. Wenn die deutsche Volkswirtschaft die Entziehung von monatlich 50 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen nicht tragen kann, so wäre es eine Illusion, zu glauben, daß die Ausgleichszahlungen von fast 40 Millionen Goldmark monatlich weiterhin aufgebracht werden können. Alle diese Leistungen können nur als ein einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plan behandelt werden. Der deutsche Antrag, der nicht eine Kürzung der Ausgleichszahlungen, sondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt, beruht auf verschiedenen Gründen, die für die deutsche Regierung bei ihrem Antrag auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen maßgebend gewesen sind, nämlich der derzeitigen Geschäftslage, die in dem katastrophalen Niedergang der deutschen Volkswirtschaft zum Ausdruck kommt. Inzwischen ist nach dem Eingang der Note Eurer Exzellenz ein neuer Sturz der deutschen Währung eingetreten und die Mark bis auf ein Hundertstel ihres Friedenswertes gesunken. Deutschland muß alle Anstrengungen, seine aus dem Kriege entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierzu ist aber vor allem die Gesundung seiner Volkswirtschaft notwendig. Diese wirtschaftliche Wiederherstellung, wie die ganz Europas, kann jedoch nur erfolgen durch die alsbaldige solidarische Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte. Eine Politik der Drohungen wird nicht wieder aufgebaut, sondern zerstört.

Die Antwort der deutschen Regierung (sagt in kurzer, knapper Fassung, was auf die formaljuristischen, die wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge vollkommen ignorierenden Ausführungen des Herrn Poincaré zu erwidern war. Es ist sicher, daß die Reichsregierung hierbei die öffentliche Meinung nicht nur in Deutschland, sondern fast in der ganzen Welt, hinsichtlich der ehemaligen feindlichen Staaten, auf ihrer Seite hat. Die Meinung, daß die Zahlungen, die der Schuldners sich nicht nur den Darlegungen hinsichtlich, nach denen er zu zahlen hat, sondern nach den Vermögenswerten, aus denen er zu zahlen imstande ist, dürfte ebenso treffend und unwiderleglich sein, wie der Hinweis auf den neuen katastrophalen Sturz der Mark, der die Folge der französischen Drohnote gewesen ist. Er ist auch sehr erfreulich, daß die deutsche Antwort mit aller Deutlichkeit auf die zerstörende Wirkung der jetzt wieder hervorgerufenen Politik der Drohungen hinweist.

Seute mittag fand in der Reichstagskammer abermals eine Besprechung über das Reparationsproblem statt.

Belgien gegen das Vorgehen Poincarés

„Ein neues Mißverständnis.“ (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 1. August. Nach dem „Welt Journal“ besteht zwischen Frankreich und Belgien eine Meinungsverschiedenheit, die durch die Note des Ministerpräsidenten Poincaré auf das deutsche Gehör und die belgische Regierung sei übertrifft, weil die französische Antwort ohne Befragung der anderen Verbündeten abgefaßt worden sei. Da die Ausgleichszahlungen Gegenstand von Abmachungen zwischen den Verbündeten gewesen seien, können auf besondere Rechte der einzelnen Regierungen nicht Bezug genommen werden. Die beteiligten Regierungen gemeinsam einen Beschluß fassen. Wenn Frankreich bei der jetzigen Lage Deutschlands die Fortsetzung der Zahlungen für seine Wirtschaftswelt verlange, sei das Grundprinzip der belgischen Priorität verletzt. Nach der belgischen Auffassung bestehe die Reparationskommission ein Recht auf alle Zahlungen Deutschlands, und die Bezahlung für die Übertragungsrechte über die Zahlungen sei unzulässig, aber sie verweigern, ohne daß Belgien in der Lage ist, sein eigenes Recht zu wahren. Die belgische Ansicht, die durch die englische Antwort gestützt werden dürfte, ist eine scharfe Kritik an der Note der französischen Regierung. Auch England betont, daß es erst nach Rücksprache mit den anderen Verbündeten eine Entscheidung für die Ausgleichszahlung für die Übertragungsrechte über die Zahlungen treffen darf. Poincaré hat aber in einer Zeit, die für ihn höchst ungewöhnlichen Fälle die Zahlungen für Frankreich nicht kategorisch gebietet, sondern diese Forderung auch noch durch befristete Drohungen unterstützt, die heute auch von den französischen Zeitungen als Ultimatum bezeichnet werden. Das „Welt Journal“ erklärt, Belgien werde von der Reparationskommission verurteilt, daß sie gegen die von der französischen Regierung im Anleihenverfahren erhobene Forderung praxisieren soll. Das „Welt Journal“ hält es für bedauerlich, daß ein neues Mißverständnis dieser Art eingetreten ist, nachdem bereits in der Anleihefrage Frankreich sich von den übrigen Beteiligten getrennt hat. Die Verhandlungen in London würden noch solchen Differenzen nicht vereinfacht.

Kommende Männer.

Von unserem Pariser Korrespondenten Paul Bloch.

Paris, 27. Juli. Zwei Männer melden ihre Kandidatur für die Leitung der französischen Politik an, wenn Herr Raymond Poincaré eines Tages auf sein Amt verzichtet — oder das Amt auf Herrn Poincaré. Der eine ist Herr André Tardieu, dem Poincaré nicht energisch genug vorgibt; der andere Herr Joseph Caillaux, nach dessen Überzeugung die Garantie Poincarés allmählich bedrohlich wird. Herr Tardieu hat natürlich die besseren Aussichten, denn er ist Depuierter, amtlich beglaubigter Patriot und Hauptmitarbeiter am Vertrag von Versailles, diesem von der ganzen Welt verehrten Meisterwerk, das den gutgläubigen Bürgern der französischen Republik noch immer als Nationalheiligtum angesehen wird. Joseph Caillaux hingegen bleibt noch immer wachsender Anhängerschaft vorläufig noch der Verdächtige, der sich während des Krieges als Defätist verdächtig gemacht hat und deshalb noch heute von Daudet in der „Action Française“ Verräter geschimpft werden darf. Immerhin, wer kann wissen? Die Zeiten ändern sich zuweilen merkwürdig schnell. Daß der karzeßliche Fels bald hinter dem Kapitell vom Tisch jeder Zeitlinie; wenn aber der Herr Tardieu beim Abtritt nicht tödlich verunglückt ist, kann unter Umständen der Weg auch in umgekehrter Reihenfolge zurückgelegt werden. Herr Daudet hat Sorgen. Kästlich spricht er den großen Stuch gegen alle aus, die Caillaux' Erbscheidung verhin dert haben.

Vorläufig aber ist Herr Poincaré noch frisch, wenn auch nicht frei und frohlich, am Werk, und die Herren Tardieu und Caillaux können nichts anderes tun, als in der Stille die Truppen zum Angriff sammeln und mit kritischen Mann blasen. Tardieu befragt diese multifaktilen Leistung täglich im „Echo National“, dessen Titel er nun endlich doch einmal in „Ego Nationaliste“ umändern sollte. Caillaux hat die „Ere Nouvelle“ und die Wochenschrift „Le Progrès Civique“ zur Verfügung, in denen er Aufsätze veröffentlicht, die der geistige Neuzugriff Tardieu vergebens langweilig nennt; werden dennoch gelesen. Vor einigen Tagen wurde Tardieu widerlächer ihre Programme veröffentlicht und die Welt kann nun vergleichen. Die Methoden und Männer werden deutlich. Ganz unparteiisch seien einige ihrer Gänge nebeneinander gestellt.

Herr Tardieu beginnt natürlich mit der Behauptung, daß Deutschland allein an seinem Unglück schuld sei, es gehe den Deutschen aber noch immer besser, als es früher war, weil die Staatsmänner der Entente es bisher nicht verstanden hätten, den Vertrag von Versailles anzuwenden. „Solange das Garantiefomitee seine Märe nur auf dem Papier ausarbeitet, kann Deutschland ruhig sein; es droht ihm keine Gefahr. Deutschland heult nur, wie manche Hunde heulen, wenn sie ins Wasser fallen.“ Deutschland schreit, man wolle seine Verantwortung annehmen, obwohl es weiß, daß man vorläufig nicht einmal auf alle seine Ansprüche gekommen ist. Wenn in London Poincaré und Lloyd George sich wirklich zu einigen verständigen, dann würden die zwölf Milliarden Goldmark, die Deutschland an 1. Mai 1921 zahlen sollte und lieber ins Ausland geschickt hat, bald wieder die Heimreise antreten. Die Psychologie Deutschlands ist die Psychologie eines Kindes; sie kann durch eine unglückliche Aktion leicht geändert werden, zum Beispiel durch die Aktion der französisch-englischen Einigung. Die Deutschen glauben, daß sie nichts zahlen werden, so wie sie 1914 glaubten, daß wir uns nicht schlagen werden. Es gibt kein Volk, das weniger Erfindungsgabe besitzt. Wenn ein französischer Minister gefunden wird, der es versteht, sich den Engländern westwärts zu machen, um eines Tages wird man vielleicht einen solchen Minister finden! — dann wird wieder Mann sich gegen Berlin wenden gestärkt durch die Zustimmung Englands, und die Deutschen werden ebenso verwundert sein, wie sie es waren, als Sir Edward Goschen 1914 den Krieg erklärte.

Eines Tages wird man vielleicht einen solchen Minister finden... Herr Tardieu ist zu befriedigt, um den Namen auszusprechen, an den er denkt, aber Frankreich wird erkennen, wie der Mann aussteht, der stärker als England und Deutschland ist. Der stärkste Mann Europas. Und sein Programm? Ganz einfach, sein Programm heißt: Tardieu.

Herr Caillaux, früherer Ministerpräsident und heute im Exil, macht es sich nicht ganz so einfach. Er schreibt in der Wochenschrift „Le Progrès civique“ einen Artikel „Der Nationalismus gegen die Nation“, in dem weniger von Personenfragen, als von wirtschaftlichen Problemen die Rede ist. „Herr Tardieu und seine Freunde dürfen es nicht ablehnen, wenn wir ein wenig von Volkswirtschaft sprechen. Seit 50 Jahren hat sich die Produktion in den nationalen Grenzen so entwickelt, daß durch Schulden und industrielle Konzentration alle Völker Deutschlands voran, große wirtschaftliche Vereinigungen, gigantische Geschäftsunternahmen geworden sind. Die modernen Staaten sind nicht mehr wie früher Ausdrucksformen einer Verwaltung oder einer Politik, sondern industrielle und wirtschaftliche Organismen, die aufeinander angewiesen sind, wenn sie leben wollen. Die Politik geht darauf aus und muß darauf ausgehen, die Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes so günstig wie möglich zu gestalten. Deshalb läßt sich heute die Politik von der Wirtschaftsfunde nicht trennen. Und unter diesen Umständen schlagen unsere Nationalisten die Segel der deutschen Nationalisten.“ Caillaux zeigt

Proklamierung des Generalstreiks in Italien.

Kampfanlage der Faschisten.

Ultimatum von 48 Stunden an die Regierung. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 31. Juli. Die Arbeiter proklamieren den Generalstreik in ganz Italien als Protest gegen die Ereignisse in Raecana. Der Generalstreik, von dem die Kranenbauern ausgenommen sind, beginnt um Mitternacht. Die Leitung der Faschistenpartei ordnet ihrerseits die Mobilisierung der aktiven Faschisten an. In einem ihnen eben erlassenen Aufruf der Faschisten wird gesagt: Die antinationalen Parteien wollen den Faschismus und die Nation den schändlichsten Feinden übergeben. Der Generalstreik ist der Stoppelfeld der sogenannten Einheitskabinette. Der Faschismus nimmt den Forderungen sofort auf. Von diesem Augenblicke bis zu neuer Dred sind sämtliche italienischen Faschisten von den Alpen bis nach Sizilien mobilisiert und unterliegen absolut unserer eisernen Disziplin und den Befehlen der verantwortlichen Faschistenleitung, die entschlossen ist, die besten äußersten Vorkehrungen zu treffen, um die Faschisten zum Manifest der Arbeiterfreiheit zu zwingen. Das Manifest schließt: Wir geben dem Staate achtundzwanzig Stunden Zeit, um gegenüber allen seinen Angehörigen, wie gegenüber den Feinden der Nation seine Autorität zu bekräftigen. Nach diesem Fristablauf wird der Faschismus volle Aktionfreiheit beanspruchen und sich an die Befreiung des Volkes setzen, bis es wieder einmal seine

Impotenz bewiesen hat. Faschisten ganz Italiens halten auch bereit. Hoch Italien, hoch der Faschismus! Inzwischen hat die Regierung ganz Italiens umfassende Maßnahmen ergriffen, um die Bahnlinie zu belegen, die Zufuhr der Lebensmittel sowie die Wasser- und Lichterzeugung zu sichern.

In diesem Zusammenhang ist die Reaktion interessant, die der Sozialistenführer Zucchi einem römischen Journalisten gegenüber machte. Er sagte: „Es ist ausgeschlossen, daß wir Sozialisten mit den Faschisten in dasselbe Kabinett eintreten. Denn die Faschisten sind brennend, wir sind unbrennend.“ Es handelt sich um vierhunderttausend wohl ausgerüstete, enthusiastische, zu jeder Aktion bereit, entschlossene Leute. Ich halte Gelegenheit, mit dem Abgeordneten Mussolini, in diesem Augenblicke wohl dem einflussreichsten Mann Italiens, über die innere und äußere Lage zu sprechen. Er meinte, der Gedanke des Eintritts der Sozialisten in das Kabinett erscheine ausser Achtlos, doch weil die faschistischen Massen nicht mitgenommen würden. Dagegen rechnen nach ihm die Faschisten, die heute schon im Lande die Mehrheit hätten (?), den nächsten Wahlen auf mindestens neunzig Mandate. Es handele sich dabei nicht etwa nur eine willkürliche Schätzung, sondern um eine auf soliden Daten ruhende bestimmte Erwartung. Mussolini erklärte es sodann für absolut notwendig, Deutschland ein fünfjähriges Moratorium umzusetzen, um die Faschisten zu gewinnen. Es gelte, ganz Europa zu retten, sonst werde Deutschland mit ihm alle anderen Staaten, auch Frankreich, vom Abgrund verschlungen werden. Die italienische Regierung müsse unbedingt mit England auf Frankreich einwirken, um dessen Widerstand gegen ein Moratorium zu brechen.